

| | | | | |
|---------------------|--|--|--|--|
| STADT ASCHAFFENBURG | | | | |
| EINGANG | | | | |
| 21.07.2023 | | | | |
| | | | | |

Stadtrat Aschaffenburg
z.Hd. Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Herzing
Dalbergstraße 15

63739 Aschaffenburg

Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Stadtrat Aschaffenburg
Dalbergstraße 15
63739 Aschaffenburg

Email gruene@aschaffenburg.de
Internet www.gruene-ab.de

Thomas Giegerich
Fraktionsvorsitzender
Stefan Wagener
Fraktionsgeschäftsführer
Johannes Büttner
Gabriele Fleckenstein
Dr. Nicole Holzheu
Katharina Koch
Moritz Mütze
Thomas Mütze
Rosemarie Ruf
Nilas Wagener MdB

Aschaffenburg am 21.7.2023

Eilantrag: Bericht der Stadtverwaltung zum einstweiligen Entzug der Betriebserlaubnis des Aschaffener Schlachthofes aufgrund von schwerwiegenden Verstößen gegen das Tierschutzrecht.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir beantragen zur nächsten Sitzung des Aschaffener Stadtrates (28.7.2023) einen Bericht der Stadtverwaltung zur vorübergehenden Einstellung des Schlachtbetriebes am Aschaffener Schlachthof.

- a) über Anlass und Art der Vorfälle, die zur Schließung geführt haben
- b) einen Bericht des zuständigen Veterinäramtes über die Vorfälle und die Erkenntnisse der obligatorischen Kontrollen inklusive der Videoüberwachung
- c) über mögliche Konsequenzen für den derzeitigen Schlachthofbetrieb, sowie Bedingungen und Auflagen für einen Wiederaufnahme des Schlachtbetriebes durch die Bayerische Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (KBLV)
- d) über die rechtlichen Möglichkeiten zur (Änderungs-)Kündigung des Pachtvertrages im Falle einer weiteren Betriebserlaubnis durch die KBLV unter Bedingungen
- e) über mögliche Auswirkungen für die regionalen Viehalter und Metzgereien, wenn der Schlachtbetrieb nicht wieder aufgenommen werden kann

Begründung:

Die gemeldeten und mit Videos dokumentierten Verstöße gegen das Tierschutzrecht und die erhobenen Vorwürfe der Tierquälerei sind schwerwiegend. Die dokumentierten Verstöße zeigen, dass nicht individuelles Fehlverhalten im Einzelfall, sondern teilweise systematische Rechts- und Regelverstöße gegen den Tierschutz praktiziert worden sein könnten. Diese Vorwürfe müssen aufgeklärt und die Verantwortlichkeiten geklärt werden. Es stellt sich die Frage, warum diese Verstöße gegen den Tierschutz den engmaschigen und obligatorischen behördlichen Kontrollen entgangen zu sein scheinen.

für die Grüne Stadtratsfraktion
Stefan Wagener
Fraktionsgeschäftsführer